

Unser Programm ist ein Zeitprogramm. Wir lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen. 1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Großdeutschland. 2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain. 3. Wir fordern Land und Boden zur Ernährung unseres Volkes (Kolonien). 4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein. 5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können

meine Volksverbrecher. Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen. 19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht. 20. Der Staat hat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens zu sorgen. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern auf Staatskosten. 21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen. 22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres. 23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen; daß

Mit dem Ausgang des Weltkrieges hat die bürgerliche Klassenherrschaft ihr Daseinsrecht verliert. Sie ist nicht mehr imstande, die Gesellschaft aus dem furchtbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszuführen, den die imperialistische Orgie hinterlassen hat. Produktionsmittel sind in ungeheurem Maßstab vernichtet. Millionen Arbeitskräfte, der beste und tüchtigste Stamm der Arbeiterklasse hingeschlachtet. Der am Leben Gebliebenen harret das grinsende Elend der Arbeitslosigkeit. Hungersnot und Krankheiten drohen, die Volkskraft an der Wurzel zu vernichten. Der finanzielle Staatsbankrott infolge der ungeheuren Last der Kriegsschulden ist unabwendbar. Aus all dieser blutigen Wirrsal und diesem gähnenden Abgrund gibt es keine Hilfe, keinen Ausweg, keine Rettung als im Sozialismus. Nur die Weltrevolution des Proletariats kann in dieses Chaos Ordnung bringen,

der Bürokratisierung auszubauen. Die Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen, die nicht auf Erzielung eines Profits gerichtet sind, haben eine nachhaltige Förderung zu erfahren. Wir fordern die Durchführung eines großzügigen gemeinnützigen Wohnungsbaues. Der Bauwucher muß bekämpft werden. Das Mietrecht muß eine öffentlich-rechtliche Gestaltung und einen Ausbau erfahren. Wir fordern die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten. Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung. Wir widersetzen uns der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsform und ihrer Kultur. Wir verlangen die internationale Abrüstung. Wir treten ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen

fordern wir die Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens und Brechung der Zinsknechtschaft. 12. Wir fordern restlose Einziehung aller Kriegsgewinne. 13. Wir fordern die Verstaatlichung aller bereits vergesellschafteten Betriebe. 14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben. 15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung. 16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seiner Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Großwarenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende. 17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. 18. Wir fordern rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Ge-

keits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz. 25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches, unbedingte Autorität des politischen Zentralparlamentes über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen. Wir fordern die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten. Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig, unter Einsatz des eigenen Lebens, für

len, die der Energie-Erzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen. Das wirtschaftliche Räte-system zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft und der Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften ist auszugestalten. Wir fordern eine Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts. Die Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft muß gefördert werden. Das Siedlungswesen muß ausgebaut werden. Wir fordern einen Abbau des Schutzzollsystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güteraus-tauschs und des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Nationen. Die Betriebe des Reiches, der Länder und der öffentlichen Körperschaften sind unter Vermeidung

und muß unter fremder Gesetzgebung stehen. 6. Wir fordern, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf. 7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Nichtstaatsbürger sind auszuweisen, wenn die Gesamtbevölkerung des Staates nicht ernährt werden kann. 8. Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern, alle seit dem 2. August 1914 Eingewanderten müssen sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden. 9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen. 10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen. 11. Daher

b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden; daß c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nichtdeutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Uebertretungen die Schließung einer solchen Zeitung, sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nichtdeutschen aus dem Reiche. Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt, und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen. 24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlich-